Analyse

Shashank Tripathi Er verbreitete während des Sturms Sandy falsche Nachrichten. Das Fernsehen glaubte ihm. *Von Jürgen Kalwa*

Der Lügen-Zwitscherer

Es war eine Nacht, in der Panik alles noch schlimmer gemacht hätte. Sandy fegte über den amerikanischen Nordosten hinweg und drückte enorme Wassermassen in die Keller, Tunnel und die Strassen von New York. Da machten Nachrichten wie diese via Twitter schnell die Runde: «Gouverneur Cuomo ist in Manhattan eingeschlossen. Er wurde in eine sichere Unterkunft gebracht.» Oder: «Con Edison hat angefangen, überall in Manhattan den Strom abzuschalten.» Und: «Überflutung der Börse bestätigt.»

Es waren erfundene Informationen, die das nachrichtenhungrige Livefernsehen teilweise ungeprüft weiterverbreitete. Der Fälscher konnte sich jedoch nicht lange hinter der Maske @Comfortablysmug verstecken. Der Online-Nachrichtenanbieter BuzzFeed enttarnte ihn als Shashank Tripathi – ein Hedgefonds-Mitarbeiter der Wallstreet und Wahlkampfmanager

eines republikanischen Politikers. Um die Identität des 29-Jährigen zu klären, war das Internet eine wichtige Hilfe. BuzzFeed-Reporter Jack Stuef entdeckte anhand von online gespeicherten Fotos schliesslich die entscheidende Spur.

Er fand zusätzlich Dokumente der Bundeswahlaufsicht FEC, die belegen, dass er von dem Republikaner Tausende von Dollars als «Berater» überwiesen bekommen hatte. Dass er ein lautstarker Sympathisant von Präsidentschaftskandidat Mitt Romney sein muss. Und dass er vor Monaten am Parteitag der Republikaner in Tampa teilgenommen hatte.

In seinem Privatleben hatte er sich jahrelang als fleissiger Kommentarschreiber betätigt und auf der Seite des «New York Magazine» in einem speziellen Tagebuch detailliert über «eine Woche aus Obsession, hartem Sex und Ambien» – einem populären Schlafmittel – berichtet. In einem Interview der Zeitschrift beschrieb er sich selbst als jemand, «der kein offensichtliches Arschloch» sei. Und er verriet den Grund für seine provokative Ader: eine Arznei, die Ärzte Patienten mit einer Hyperaktivitätsstörung (ADHS) verschreiben.

Nach seiner Enttarnunng reagierte Tripathi rasch, gab den Wahlkampfjob auf und entschuldigte sich öffentlich für seine «unverantwortlichen und nicht korrekten Tweets». Inzwischen ist die Angelegenheit bei der Staatsanwaltschaft gelandet.

Der Fall illustriert die Gefahren, die im Krisenfall durch eine rasante Kommunikation im digitalen Universum drohen. Tripathi war jedoch die absolute Ausnahme. Tatsächlich zeigt die Erfahrung von Sandy, dass die hohe Umsatzgeschwindigkeit von knappen Mitteilungen sehr viel Gutes bewirken kann. Twitter-Sprecherin Rachael Horwitz, die mitteilte, dass über eine halbe Million sturmbezogene Kurzmeldungen über die Plattform verbreitet worden waren, charakterisierte ihren für alle Nutzer kostenlosen Service sogar als «selbstreinigenden Backofen». Die Firma sei froh darüber, wie schnell der Fälscher entlarvt worden sei.

Die Diskussionen bekam gegen Ende der Woche denn auch eine neue Dimension, nun ging es um die Frage: Darf man anonyme Internet-Nutzer gegen ihren Willen ins Licht der Öffentlichkeit rücken? Und was sind die Folgen für sie?

Eine Frage, die ein anderer Mann namens Shashank Tripathi in Singapur auf seine Art beantwortete: Er stellte auf seiner Webseite sein Foto neben das des inzwischen berühmten Namensvetters, und schrieb: «Ich bin nicht der dumme Grunzer aus New York mit den kindischen Possen.»

Asylgesetz Der SP-Präsident erklärt, weshalb er kein Referendum will. *Von Christian Levrat*

Eine erfolglose Abwehrschlacht

Eines ist klar: Der Teil des Asylgesetzes, welches von den Eidgenössischen Räten im Dringlichkeitsverfahren verabschiedet wurde, behagt mir keineswegs. Zehn Jahre lang arbeitete ich als Jurist für Flüchtlingshilfswerke. Ich habe in dieser Zeit Tausende von Betroffenen betreut. Vielen von ihnen wurde in der Schweiz Schutz gewährt, weil sie in ihrer Heimat bedroht und verfolgt wurden. Diese Erfahrung hat mir einen tiefen Einblick in die Biografien der Einzelnen gegeben. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Betroffenen unbedingt einen wirksamen Schutz benötigen. Und ich bin ebenso sicher, dass die vorliegende Asylgesetzrevision nicht der Weisheit letzter Schluss sein kann. Darum habe ich sie im Parlament abgelehnt.

Dennoch ist das Präsidium der SP Schweiz überzeugt, dass es angebracht ist, zum jetzigen Zeitpunkt keine Volksabstimmung über das Asylgesetz zu erzwingen. Es geht nämlich keinem und keiner einzigen Asylsuchenden besser, wenn wir im kommenden Jahr über das Asylgesetz abstimmen und die Vorlage mit deutlicher Mehrheit gutgeheissen wird. Und dieses Resultat ist absehbar: Im Jahr 2006, als sehr viele Organisationen vereint gegen Blochers Asylgesetzrevision angetreten sind, haben wir mit Müh und Not 30 Prozent Nein-Stimmen erreicht. Heute ist die Situation noch schwieriger.

Christian Levrat
Der Freiburger Ständerat ist Präsident der SP Schweiz. Ein Teil der Parteibasis unterstützt das Referendum gegen seinen Willen.

Klar ist auch: Die SP hat in der Debatte um das Asylgesetz einige Erfolge erzielen können. Die ganz schlimmen Attacken der Rechten wurden abgewehrt. Die Angriffe auf die Nothilfe, die Einrichtung von Internierungslagern etwa. Das sind durchaus Verbesserungen gegenüber dem, was die Asylhardliner durchzubringen versuchten. Allerdings gibt es grosse Wermutstropfen: Der wichtigste ist sicherlich, dass Schweizer Botschaften keine Asylgesuche mehr entgegennehmen. Das ist ein klarer Verlust, auch wenn wir hoffen, dass akut Gefährdete über humanitäre Visa weiterhin einreisen können. Andere Punkte wie das Schrauben am Flüchtlingsbegriff bei den Deserteuren haben mehr symbolischen Charakter – für die Betroffenen wird sich wenig ändern.

Aber das Vorhaben ist noch nicht abgeschlossen: Die im Dringlichkeitsverfahren bislang beschlossenen Verschärfungen im Asylwesen gelten nach einer allfälligen Abstimmung nur noch für zwei Jahre, danach müssen sie ins reguläre Recht überführt werden. Die ganz grosse Asylgesetzrevision kommt also erst noch. Jetzt bereits über diese eigentlich temporäre Revision zu entscheiden, erachte ich als falsch. Die Bürgerlichen werden die Abstimmung als Testlauf missbrauchen und einen Abstimmungserfolg als Grund für weitere, noch drastischere Verschärfungen anführen.

Es wäre bedauerlich, wenn die Linke der Rechten zu einem solchen Sieg Hand böte. Es würde damit ein Fait accompli geschaffen, welches nur schwer zu korrigieren wäre. Und dies wiederum hilft den Betroffenen keineswegs. Im Gegenteil: Ich befürchte, dass am Ende jenen am meisten geschadet wird, um die es in dieser Debatte doch geht und die den Schutz am meisten nötig haben: den betroffenen Asylsuchenden nämlich.

Wir liegen nicht falsch

Statt sich jetzt in einer erfolglosen Abwehrschlacht zu verzetteln, gilt es vielmehr, auf zukunftsweisende Projekte in der Migrationspolitik zu setzen. Konkret heisst das, diese Revision als Übergangslösung mit bitterem Nachgeschmack zu schlucken und dann bei der «richtigen» Asylgesetzrevision alles und alle in Bewegung zu setzen, um in der parlamentarischen Beratung eine Lösung zu finden, welche den Betroffenen gerecht wird. Letzteres wäre jedoch ungleich schwieriger, wenn den Asyl-Scharfmachern jetzt ein Erfolg geschenkt würde und die ersten Verschärfungen gebilligt und demokratisch legitimiert werden.

Zu diesem Schluss kommen auch anerkannte Fachorganisationen wie Amnesty International, die Schweizerische Flüchtlingshilfe, das Schweizerische Arbeiterhilfswerk oder das Heks. Sie alle werden das Referendum nicht unterstützen. Und dies belegt, dass wir mit unserer sowohl inhaltlichen wie auch strategischen Beurteilung nicht falsch liegen.

Schweizer Banken haben in Sachen Bankgeheimnis unterschiedliche Interessen. Foto: Martin Rütschi (Keystone)

Bankgeheimnis Scheitert die Abgeltungssteuer in Deutschland, kommt es zum Machtkampf unter den Banken. *Von Arthur Rutishauser*

Die Ruhe vor dem Sturm

Die einst so einigen Schweizer Banker sind in der wichtigsten politischen Frage, nämlich in der Zukunft des Bankgeheimnisses, so uneinig wie nie zuvor. Während UBS-Chef Sergio Ermotti davon spricht, man habe zu lange am Bankgeheimnis in seiner alten Form festgehalten, lanciert der Privatbanker Thomas Matter zusammen mit seiner SVP eine Initiative, die den Bundesrat daran hindern soll, weiterhin «nachgiebig» zu sein. Beim Richtungsstreit geht es um handfeste wirtschaftliche Interessen.

Vertreterin der Banken ist die Schweizer Bankiervereinigung. Der einst mächtigen Organisation gelingt es nur noch mit Mühe, ihre Mitglieder hinter sich zu scharen. Sie steht seit zehn Jahren unter der Präsidentschaft der Genfer Privatbankiers: erst Pierre G. Mirabaud, dann seit 2009 Patrick Odier. Beiden geht es darum, möglichst viel vom alten Private Banking zu retten. Und wenn sich das nicht machen lässt, dann will man wenigstens den Wandel hinauszögern und in der Zwischenzeit weiter Geld verdienen.

Unter Mirabaud bestand die Taktik zunächst in der Unnachgiebigkeit gegenüber dem Ausland. Dies selbst dann noch, als der internationale Druck durch die USA 2009 so gross wurde, dass man mit Notrecht UBS-Kundendaten nach Amerika schickte. Nachher musste Mirabaud akzeptieren, dass die Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug im Ausland nicht mehr vermittelbar war. Seither gilt der Kampf seines Nachfolgers dem automatischen Informationsaustausch und dem Bewahren des Bankgeheimnisses im Inland. Da Genfer in den USA nicht präsent sind und aus Deutschland nicht viel Geld in Genf liegt, spüren sie weniger Druck und sehen keinen Grund, weiter nachzugeben.

Interessen der Grossbanken

Ganz anders die Interessenlage der Grossbanken. Die haben sich seit zehn Jahren einer anderen Strategie verschrieben: Sie wollen nämlich ihre Kunden in Europa direkt bedienen. Dafür haben sie ein Filialnetz aufgebaut und Milliarden investiert. Wichtig ist ihnen vor allem die Steueramnestie, die mit der Abgeltungssteuer verbunden ist und damit ein Ende der ständigen Skandale und Hausdurchsuchungen in Deutschland und Frankreich wegen unversteuerter Altvermögen bedeuten würde. Notfalls würden sie dafür sogar den automatischen Datenaustausch schlucken.

Und dann gibt es noch die Inlandbanken, das heisst im Wesentlichen die Raiffeisenbank, die Kantonalbanken und die Postfinance. Die haben auch ausländische Kunden, meist aus den Nachbarländern, die ihr Geld kaum in der Schweiz angelegt haben, weil es versteuert ist. Für sie ist die Abgeltungssteuer, wenn sie denn wirklich flächendeckend in Europa eingeführt wird, zu teuer. Für Kunden aus jedem europäischen Land wegen ein paar Konten die Steuern zu berechnen, lohnt sich nicht. Sie hätten am liebsten eine einfache Lösung, die auch noch in zehn Jahren gilt – also einen möglichst unkomplizierten automatischen Datenaustausch. Und – wenn es denn sein muss – eine Aufweichung des Bankgeheimnisses innerhalb der Schweiz.

Dass es noch nicht zu einem offenen Richtungsstreit in der Bankiervereinigung gekommen ist, liegt daran, dass man sich auf ein Stillhalteabkommen geeinigt hat, bis in Deutschland definitiv über die Abgeltungssteuer entschieden wird. Ende Jahr ist es so weit. Der Countdown läuft.